

Say #NoToHate

Klare Gesetze gegen Hassrede

Hassrede schürt Gewalt und untergräbt den sozialen Zusammenhalt. Hass ist nicht neu, aber durch Social Media hat Verhetzung an Reichweite und Stärke gewonnen. Menschenfeindliche Rhetorik und Ideologien bedrohen weltweit Frieden und Toleranz. Das müssen wir durch klare Gesetze und Strafandrohungen gegenüber den Providern wie auch gegenüber Hassverbreitenden Wiederholungstäter*innen abstellen.

Ich fordere die Bundesregierung auf, transparente und zugängliche Systeme zu fördern, um Hassrede zu identifizieren und zu analysieren und wirksame Maßnahmen zu entwickeln, um sie zu bekämpfen. Besonders Ultrakonservative und Rechtsextreme versu-

chen schon länger, den Zusammenhalt in unserer Demokratie auszuhöhlen. Ich erwarte ein hartes und wirksames Vorgehen gegen Intoleranz und Hass besonders gegen Frauen, Migrant*innen, Flüchtlinge, LGBTIQ-Personen und Menschen, die mit Behinderung leben.

Der aktuelle Jahresbericht der Antisemitismus-Meldestelle der Israelitischen Kultusgemeinde enthält erschütternde Zahlen. Im Kalenderjahr 2021 wurden 965 antisemitische Vorfälle registriert. Das ist eine Zunahme um 60 Prozent gegenüber 2020. Die Dunkelziffer liegt naturgemäß weitaus höher. Antisemitismus ist nicht nur eine Gefahr für Jüdinnen und Juden, sondern auch für unsere Demokratie. Antisemitis-

mus kommt aus der Mitte der Gesellschaft und findet nicht nur an ihren Rändern statt.

Mein Bericht im Ausschuss für Gleichstellung und Nicht-Diskriminierung der parlamentarischen Versammlung des Europarats über Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus wurde im Mai einstimmig angenommen und wird im Juni im Plenum diskutiert werden. Ich setze mich dafür ein, möglichst viele Kolleg*innen der Parlamente aus ganz Europa für ein konsequentes Vorgehen gegen Antisemitismus zu gewinnen.

Vor Taten kamen immer schon Worte. Schauen wir nicht weg bei Hasskommentaren und antisemitischen Vorfällen!

Favoritner Bildungseinrichtungen in Dialog

Eines der Dinge in meinem Job die ich am meisten mag ist es Leute zusammen zu bringen. Nachdem wir in Favoriten zwei postsekundäre Bildungseinrichtungen haben und bisher kein Kontakt zwischen der Fachhochschule Campus Wien und der Central European University be-

standen hat, ist es mir gelungen das am 23. Mai 2022 zu ändern. Wir haben uns am Campus der FH getroffen und hatten dabei die Gelegenheit die neu entstehenden Bauteile zu bewundern. Ich hoffe auf gute künftige Kooperation und viele spannende Synergien - auch für den Bezirk.



Frauengesundheit

Jährlich über 25 Millionen unsichere Schwangerschaftsabbrüche weltweit

Laut Vereinten Nationen findet nur die Hälfte aller Abtreibungen unter sicheren Bedingungen statt. Unsachgemäße Schwangerschaftsabbrüche sind für jährlich 39.000 Todesfälle weltweit verantwortlich, meist in Ländern mit niedrigerem Einkommen.

Ein globales Problem

Wer viel Geld hat, wird sich überall leicht Zugang zu einer medizinisch sicheren Abtreibung verschaffen können. Von Kriminalisierung, Stigmatisierung und einem schlechten Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen sind besonders diejenigen betroffen, die ohnehin schon unter prekären Bedingungen leben.

Menschenrecht

Ein sicherer Schwangerschaftsabbruch ist ein Menschenrecht. Wer Schwangeren den Zugang dazu verweigert, gefährdet die körperliche und psychische Gesundheit einer Frau und nimmt ihr ihre Selbstbestimmtheit und Handlungsfähigkeit. Die Kriminalisie-

rung von Abtreibungen, aber auch das Aufziehen von bürokratischen oder finanziellen Hürden stellt eine erniedrigende und unmenschliche Behandlung dar, die einer Folter gleichkommen kann. Eine Frau gegen ihren Willen durch eine Schwangerschaft zu zwingen, ist ein grundlegender Widerspruch zu den sexuellen und reproduktiven Grundrechten.

Mahnendes Beispiel USA

Derzeit sind bei diesem Thema alle Augen auf die USA gerichtet. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass es auch in Österreich nicht in allen öffentlichen Spitälern möglich ist, abzutreiben. Viele Frauen können sich den Eingriff in privaten Einrichtungen nicht oder nur schwer leisten, auch in den Spitälern ist der Abbruch für viele Frauen viel zu teuer. Die österreichische Politik muss sich im Inland und weltweit stärker für die Gesundheit von Frauen und die Zugänglichkeit zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen einsetzen.

Im Juni 2021 hat das Europäische

Parlament den wegweisenden Matic-Bericht über sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte verabschiedet. Dieser Bericht fordert die Mitgliedstaaten und die europäischen Institutionen auf, konkrete Schritte zum Schutz der Menschenrechte im Bereich Sexualität und Reproduktion zu setzen. Ein Jahr später haben die europäischen Institutionen kaum konkreten Maßnahmen ergriffen.

EU-Grundrechtscharta

Ich setze mich dafür ein, dass Schwangerschaftsabbruch in die EU-Grundrechtscharta aufgenommen wird und stelle mich in Europa und weltweit vehement gegen die Aushöhlung des Rechts auf sichere und legale Abtreibung. Vergessen wir nie: sexuelle und reproduktive Rechte sind grundlegende Menschenrechte!

Anregungen und Kommentare zur FiP bitte an mich: 01/534 27 310

Brot und Rosen

Frauen weltweit haben das Recht auf ein gutes Leben!



Laut Internationaler Arbeitsorganisation liegt die derzeitige weltweite Frauenerwerbsquote bei knapp 47 Prozent, für Männer liegt sie bei 72 Prozent. Das ist ein Unterschied von 25 Prozentpunkten, wobei in einigen Regionen der Abstand mehr als 50 Prozent beträgt. Frauen und Mädchen, die sich hauptsächlich um den Haushalt kümmern, haben seltener Zeit, die Schule zu besuchen oder Arbeit zu finden.

Für Frauen ist ein eigenständiges Einkommen, das zum Leben reicht und finanzielle Unabhängigkeit garantiert, besonders wichtig. Die Arbeitsrealität sieht für viele aber anders aus: überlange Arbeitszeiten, Hungerlöhne, kaum Anerkennung und dazu noch die Hauptlast der Sorgearbeit. Krisen verstärken alle existierenden Ungleichheiten. Die Überlastung von Frauen in exponierten Berufen hat in der

Pandemie weltweit zugenommen und auch die Sorgearbeit wurde noch stärker auf den Schultern von Frauen abgeladen. Dies führt zu langfristigen ökonomischen Problemen und hat auch gesundheitliche Folgen. Wir müssen die Gesundheit von Frauen mehr ins Rampenlicht rücken. Frauen brauchen endlich mehr Zeit, Ruhe und Zugang zu bestmöglicher Gesundheitsversorgung.

Menschenrecht Ernährungssicherheit

Weltweite Hungerkrise steht bevor

Kurz nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine ist der Preis für Weizen an der Börse von Chicago auf ein historisches Hoch geschossen. Die Folge war eine weltweite Verteuerung von Brot. Eine Entwicklung, die noch nicht abgeschlossen ist.

50 Mio. von Hunger bedroht

Wegen zunehmenden Dürren, Konflikten, Naturkatastrophen und besonders wegen des Ukraine-Kriegs steht eine katastrophale Hungerkrise bevor. Die internationale Gemeinschaft muss schnell und umfassend handeln, um einen Zusammenbruch des globalen Nahrungssystems zu verhindern. Der weltweite Hunger ist in der Covid-19-Pandemie um 18 Prozent gestiegen. Der Krieg in der Ukraine wird weitere 50 Millionen Menschen in den Hunger stürzen. Das sind erschreckende Aussichten besonders für krisengebeutelte Länder wie Äthiopien, Afghanistan, Syrien, den Jemen und den Sudan, die sich bereits jetzt in einer humanitären Katastrophe befinden.

EZA-Gelder stagnieren

Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit (ODA) stagniert derzeit bei 0,31 Prozent des

Bruttonationaleinkommens (BNE) weiter auf niedrigem Niveau. Da die Entschuldung des Sudans wegen der instabilen politischen Lage vor Ort aufgeschoben wird, fällt die ODA-Quote Österreichs in diesem Jahr auf 0,28 Prozent des BNE.

Wo bleibt die im Regierungsprogramm versprochene schrittwei-



se Erhöhung der Entwicklungsgelder Richtung 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens?

Dreijahresprogramm fehlt

Offensichtlich braucht es dazu endlich einen verbindlichen und politisch akkordierten Stufenplan und ein aktuelles Dreijahresprogramm für eine kohärente, ge-

samtstaatliche und treffsichere Entwicklungspolitik mit entsprechend definierten Zielen und Zuständigkeiten. Auf dieses Programm warten wir seit fast einem halben Jahr vergeblich. Laut Entwicklungszusammenarbeitsgesetz sind Außen- und Finanzminister dazu verpflichtet, ein Dreijahresprogramm zu erstellen und dieses jährlich der Bundesregierung vorzulegen und dem Nationalrat zur Kenntnisnahme zu übermitteln.

Hunger auch in Österreich

Besonders armutsgefährdet sind in Österreich Kinder, Alleinerzieherinnen, Arbeitslose und Menschen mit chronischer Erkrankung. Die hohen Wohnkosten belasten diese Haushalte stark.

Die Preise für Lebensmittel steigen auch bei uns in ungeahnte Höhen. Für Menschen in finanziell prekären Situationen, bleibt nur noch der Weg in Sozialmärkte. Doch auch die können die rasant steigende Nachfrage kaum noch bedienen.

Berichte von Müttern die selbst kaum noch essen, damit ihre Kinder etwas haben, mehren sich. Dieser schrecklichen Entwicklung müssen wir engagiert entgegen treten!